

Arabische Staaten treiben Atomprojekte voran

Mehrere arabische Staaten haben in den letzten Monaten ihre Atomprogramme angekurbelt. Experten sehen darin eine Reaktion auf das aggressive Bestreben des Iran, sich Atomwaffen zu beschaffen.

Während die betreffenden Staaten - Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien, Marokko, Libyen und der Jemen - durchweg behaupten, dass sie die Entwicklung von Nukleartechnologie für friedliche Zwecke betreiben, weisen Analysen darauf hin, dass einige von ihnen über reiche Ölvorkommen und damit kostengünstige Energiequellen verfügen und somit die kostenaufwendige Erschließung von Atomenergie überflüssig wäre. Abgesehen davon können auf der Grundlage friedlicher Nukleartechnologie leicht Atomwaffenprojekte aufgebaut werden.

Die folgenden Entwicklungen bringen den atomaren Trend in der Region beispielhaft zum Ausdruck:

- Der jemenitische Energieminister hat Anfang dieser Woche die Absicht seines Landes mitgeteilt, seinen ersten Atomreaktor für friedliche Zwecke erwerben zu wollen.

- Der jordanische Außenminister äußerte im vergangenen Monat gegenüber der Ha'aretz, dass sein Land ein gemäß den Richtlinien der Internationalen Atomenergiebehörde transparentes Programm zur Gewinnung von Kernenergie betreibt.

- Ägypten hat bereits im letzten Jahr verkündet, sein Atomprogramm wiederaufnehmen zu wollen, jedoch hinsichtlich der Details einen zweideutigen Standpunkt beibehalten.

- Auf dem Gipfel im saudi-arabischen Riad im Dezember 2006 hat der Kooperationsrat der Golfstaaten seine Absicht erklärt, die gemeinsame Forschung zur friedlichen Verwendung von Uran voranzutreiben.

- Die Vereinigten Arabischen Emirate haben im letzten Monat erklärt, ein bereits 1980 geschlossenes und dann wieder eingefrorenes Abkommen mit Frankreich über die Errichtung eines Atomreaktors zu erneuern. Staatsoberhaupt Scheich Chalifa bin Zayid Al Nahyan hat darüber im Juli in Paris mit dem französischen Präsidenten Sarkozy verhandelt.

- Algerien hat mit den USA und Russland Abkommen zur Entwicklung eines Atomprogramms unterzeichnet und unterhält in dieser Angelegenheit Kontakte mit Frankreich.

- Libyen hat mit Frankreich ein Abkommen über die Errichtung einer Meerwasserentsalzungsanlage geschlossen, das auf Atomenergie basiert.

Eine Gefahr für die ganze Welt

Von Reuven Pedatzur

Das Interesse der Staaten im Nahen Osten an Atomprogrammen rührt von der Furcht vor der nuklearen Aufrüstung des Iran her. Eine iranische Atombombe wird die Entwicklung von Kernwaffen in einer Vielzahl von - nicht nur arabischen - Staaten in der Region beschleunigen.

Der ernsthafteste Kandidat zum Eintritt in den nuklearen Rüstungswettlauf ist die Türkei. Ankara sieht in einem nuklearen Iran einen gefährlichen Rivale, der auf Kosten der Türkei eine regionale Hegemonie anstrebt und dabei ihre vitalen Interessen verletzt. Auch Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien, Marokko und womöglich selbst Jordanien werden versuchen, Atomwaffen zu entwickeln. Viele glauben nicht an den dringenden „Bedarf an Kernenergie, den sie 60 Jahre nach der ersten Atombombe plötzlich anmelden, obwohl sie über enorme Ölvorkommen verfügen.

Das Problem liegt darin, dass der Atomwaffensperrvertrag (Treaty on the Non-proliferation of Nuclear Weapons, NPT), den alle betreffenden Staaten unterzeichnet haben, im Zusammenhang mit zivilen Nuklearprogrammen viele Schritte erlaubt, die für die Entwicklung von Atomwaffen nötig sind. So gestattet der Vertrag beispielsweise sogar die Urananreicherung - eine wesentliche Komponente bei der Herstellung von Kernwaffen.

Je mehr der Iran mit seinen Plänen voranschreitet, desto intensiver wird die Beschäftigung mit Atomprogrammen in der Region. Bereits 2004 hat Saudi-Arabien mitgeteilt, dass es den Erwerb eines Kernreaktors von Pakistan oder China erwägt. Zuvor hat Ägypten bekannt gegeben, dass es eine Urananlage zur Wasserentsalzung entwickelt und dafür „sensible Technologie“ aus Libyen erhalten habe. Auch Syrien hat seine Absicht zur Urananreicherung verkündet, während in Algerien ein zweiter nuklearer Forschungsreaktor errichtet und Russland in der Angelegenheit beteiligt wird.

Ende 2006 entschieden Saudi-Arabien und die fünf Mitglieder des Kooperationsrates am Golf eine Expertenkommission zu ernennen, die die Möglichkeiten einer Nutzung von Kerntechnologie zu friedlichen Zwecken erkunden soll. Selbst Jordaniens König Abdallah hat im Januar 2007 verkündet, dass sich die Bedingungen im Nahen Osten in Bezug auf die Atomfrage verändert hätten. Im März des Jahres rief die Arabische Liga ihre Mitglieder dazu auf, die „Nutzung von Kernenergie zu friedlichen Zwecken auszuweiten“.

Im Gegensatz zu Israel wird der Iran als gefährlicher Staat betrachtet, gegen den man sich wappnen muss. Die Botschaft Israels an die europäischen Staaten, die zögern, scharfe Schritte gegen den Iran einzuleiten, muss betonen, dass die Verbreitung von Atomwaffen im Nahen Osten nicht nur Israel gefährdet, sondern die ganze Welt.

(Ha'aretz, 22.08.07)